

Massiver Anstieg der Kinderarmut befürchtet

09. Mrz 2009 10:37



Kinder in einem sozial schwächeren Stadtteil
Foto: AP

Der Kinderschutzbund schlägt Alarm: Die Zahl der in armen Familien aufwachsenden Kinder wird kräftig zunehmen, fürchtet die Organisation. Kritik übt deren Präsident auch an den Konjunkturpaketen.

Der Deutsche Kinderschutzbund warnt vor einem massiven Anstieg der Kinderarmut. Gründe dafür seien die Wirtschaftskrise, aber auch die demografische Entwicklung, sagte der Präsident des Kinderschutzbundes, Heinz Hilgers, der «Neuen Osnabrücker Zeitung». Viele Kinder in Deutschland würden «in den armen Stadtteilen» geboren - dagegen sanken die Geburtenzahlen in bürgerlichen, gutsituierten Stadtteilen dramatisch.

Derzeit sei es ein Drittel der Kinder, «über die wir uns große Sorgen machen müssen – also rund fünf von 15 Millionen», sagte Hilgers. In 20 Jahren werde es nur noch zehn Millionen Kinder geben, von denen die Hälfte in sozial schwachen Familien aufwachsen. «Das ist eine Katastrophe, auf die eigentlich alle Ökonomen aufgebracht reagieren müssten», sagte der Kinderschutzbund-Präsident.

Er befürchte, dass dem Staat wegen der Wirtschaftskrise «die finanzielle Kraft zu einer grundlegenden Reform des Familienleistungsausgleiches» fehle, sagte Hilgers weiter. Dabei habe Deutschland dringend eine völlige Umstrukturierung der finanziellen Förderung von Kindern nötig.

Ruf nach Kindergrundsicherung

Hilgers kritisierte die Konjunkturpakete der Bundesregierung. Die Politik investiere mit Blick auf Kinder und ihre Bildung «nur in Steine». «Schulbauten und Kindertagesstätten werden durch das Konjunkturprogramm gefördert, aber wir brauchen mehr Investitionen in Menschen», forderte er. Durch das Konjunkturprogramm würden künftige Generationen extrem belastet, «ohne sie für die Zukunft stark zu machen».

Hilgers bekräftigte die Forderung nach einer Kindergrundsicherung. Dafür müsse der Staat 330 Euro pro Monat für jedes Kind zahlen, wenn alle Bildungsinstitutionen kostenlos seien. Wenn man Gebühren etwa für Universität und Kindertagesstätte nehme, solle der Betrag bei 500 Euro pro Kind liegen. (dpa/AP)

